

Stellungnahme des Verbands afghanischer Organisationen in Deutschland zu Abschiebungen nach Afghanistan

Sehr geehrte Damen:sehr geehrte Herren,

der schreckliche Anschlag in Mannheim hat tiefe Bestürzung und Trauer in unserer Gesellschaft ausgelöst. Unser Mitgefühl gilt dem Opfer und seinen Angehörigen. Der Verband afghanischer Organisationen in Deutschland (VAFO) verurteilt entschieden jegliche Formen von Extremismus. Gewalt und Aggression haben in einer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

Es ist von größter Bedeutung, dass solche Ereignisse vollständig und transparent aufgearbeitet werden, um Gerechtigkeit zu gewährleisten und zukünftige Vorfälle zu verhindern!

Abschiebungen nach Afghanistan: Rechtliche und praktische Herausforderungen

Afghanistan stellt im Falle von Abschiebungen einen besonders schwierigen Fall dar. Die Sicherheitslage im Land ist nach wie vor schlimm. Berichte des Auswärtigen Amtes beschreiben ein "Klima der Einschüchterung und Straflosigkeit" durch die Taliban-Regierung. Menschenrechtsverletzungen stehen auf der Tagesordnung. Das Recht auf freie Meinungsäußerung existiert nicht; es kommt zu willkürlichen Verhaftungen und Verschleppungen. Besonders im Pandschir-Tal herrscht das islamistische Regime mit Kollektivstrafen gegen die Zivilbevölkerung, ein Kriegsverbrechen. Frauen sind kategorisch aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Religiöse Minderheiten werden stark diskriminiert. Daneben verschlimmert sich die humanitäre Krise in Afghanistan zunehmend. Zuletzt verstetigen sich Folter und grausame Todesurteile durch öffentliche Hinrichtungen und Steinigungen. Unter diesen Bedingungen sind Abschiebungen nach Afghanistan rechtlich und moralisch hochproblematisch.

Juristische und humanitäre Verpflichtungen Deutschlands

Deutschland hat sich im Rahmen internationaler Menschenrechtsabkommen dazu verpflichtet, keine Menschen in Länder abzuschicken, in denen ihnen Folter oder unmenschliche Behandlung droht. Diese Verpflichtung muss auch in Zeiten politischer und gesellschaftlicher Aufruhr gewahrt bleiben! Die Diskussion über

Abschiebungen nach Afghanistan muss diese rechtlichen und humanitären Aspekte berücksichtigen.

Eine Zusammenarbeit mit der de-facto-Regierung der Taliban in Afghanistan ist ausgeschlossen. Deutschland erkennt das Regime nicht an und unterhält demnach richtigerweise keine Beziehungen zu den Extremisten. Eine Zusammenarbeit mit den Taliban, um Abschiebungen durchzuführen, öffnet die Tür zur Legitimation ihrer Gräueltaten und ist ein außen- sowie sicherheitspolitisches Desaster. Daneben würden die finanziellen Mittel, die die Bundesregierung an die Taliban zahlen muss, um Abschiebungen durchzuführen, weiteren Terror finanzieren, der die Region aber auch Europa destabilisiert.

Dialog und differenzierte Lösungsansätze

Wir fordern einen differenzierten und sachlichen Dialog über das Thema Abschiebungen nach Afghanistan! Es ist notwendig, Lösungen zu finden, die sowohl die Sicherheitsinteressen Deutschlands als auch die Menschenrechte der Betroffenen berücksichtigen.

Forderungen nach Abschiebungen in Nachbarländer werden lauter. Neben einer zunehmenden Destabilisierung in der Region ist eine Abschiebung nach Pakistan auch rechtlich schwierig. Deutschland dürfte die Menschen nur nach Pakistan abschieben, wenn gewährleistet wird, dass sie von dort sicher in ein Gebiet in Afghanistan abgeschoben werden. In ein Gebiet, in dem ihnen keine Folter oder Menschenrechtsverletzungen drohen. Die Abschiebe-Praxis der pakistanischen Regierung in den letzten Monaten zeigt, dass diese Garantie nicht erfüllt werden kann. Pakistans Abschiebungen nach Afghanistan sind unmenschlich. Auch sie bringen die Personen nicht zurück nach Afghanistan, sondern lassen sie an der Grenze zurück. Eine Abschiebung in ein „sicheres Gebiet“ in Afghanistan ist außerdem angesichts der Menschenrechtssituation vor Ort unmöglich. Gespräche mit weiteren Nachbarländern würde Deutschland aus seiner Verantwortung nehmen. In jedem Fall wäre eine weitere Abschiebung in ein sicheres Gebiet in Afghanistan unmöglich.

Die Aufarbeitung von Fällen durch die deutsche Strafjustiz

Aber: Es ist natürlich von größter Wichtigkeit, dass Täter für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden! Beschuldigte müssen vor ein deutsches Gericht gestellt werden, um Tat und Motive aufzuklären und um Gerechtigkeit für die Opfer

und deren Angehörige zu gewährleisten. Eine Abschiebung von Afghan:innen nach Afghanistan vor einem solchen Prozess würde einem juristischen Freispruch gleichkommen. Das afghanische Strafsystem bestraft keine (vermeintlich) religiösen Straftaten und ist insgesamt von Willkür durchzeichnet.

Straftaten, die hier begangen wurden, müssen rechtlich von D einem deutschen Strafgericht belangt werden. Nur so kann eine vollständige und transparente Aufklärung der Fälle gewährleistet und eine adäquate Strafe ausgesprochen werden. Ein Prozess, der sicherlich auch für die Angehörigen der Opferbedeutsam ist. Eine sofortige Abschiebung würde möglicherweise dazu führen, dass der Täter straffrei davonkommt, was weder den Opfern noch dem Rechtsstaat gerecht wird.

Generalverdacht gegenüber Afghan:innen

Wir möchten abschließend dazu aufrufen Afghan:innen nicht unter Generalverdacht zu stellen! Eine pauschale Verurteilung von Afghan:innen aufgrund der Taten Einzelner ist äußerst gefährlich. Es darf nicht dazu kommen, dass eine ganze Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht gestellt wird! Die überwältigende Mehrheit in Deutschland lebt friedlich und gesetzestreu. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Taten einzelner Straftäter:innen die Integrität und den Ruf einer ganzen Gemeinschaft beschädigen.

Wir appellieren an die Politik und die Gesellschaft, besonnen und gerecht zu handeln. Die Herausforderungen im Umgang mit ausreisepflichtigen Straftätern sind komplex und erfordern eine sorgfältige Abwägung aller rechtlichen, humanitären und sicherheitspolitischen Aspekte. Wir stehen bereit, diesen Dialog konstruktiv zu begleiten, die im Einklang mit unseren gemeinsamen Werten und Rechtsprinzipien stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Verband afghanischer Organisationen in Deutschland